

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Ein neuer Anlauf

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1977) : Ein neuer Anlauf, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 9, pp. 430-431

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135105>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ein neuer Anlauf

Am Anfang stand eine wirtschaftspolitische Absichtserklärung für die nicht ganz nahe Zukunft: der Bundesfinanzminister kündigte eine Steuersenkung für 1980 an. Was dann folgte, war eine Kettenreaktion. Nicht erst 1980, sondern eher sei die Steuersenkung erforderlich, so etwa die Opposition in Bonn. Nicht nur eher, sofort müsse sie kommen, war die nächste Phase der Diskussion. Nicht nur Steuersenkung, sondern auch – oder statt dessen – neue Staatsausgabenprogramme seien das Gebot der Stunde, so argumentierten andere. Diese Eskalation der Forderungen kam nicht von ungefähr, sie war Ausdruck eines wachsenden Unbehagens über den Lauf der wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem über die neueren Tendenzen am Arbeitsmarkt. In den letzten Monaten hat sich dort die Besserung nicht fortgesetzt, sondern die Lage ist eher etwas ungünstiger geworden.

Was also versucht wird, ist ein neuer Anlauf zur wirtschaftspolitischen Stimulierung von Konjunktur und Wachstum. Der erste, mit massivem Einsatz von Investitions-subsidien für die Wirtschaft, staatlichen Ausgabenprogrammen mit Schwerpunkt in der Bauwirtschaft und mit einer unterstützenden Geldpolitik 1974/75 unternommen, hat zwar etliches bewirkt, aber eben auch manches nicht erreicht. Bewirkt hat er die rasche Überwindung der Rezession im Sinne des Wiedererreichens und Übertreffens des vorherigen Produktionsstandes. Das reale Bruttosozialprodukt ist derzeit um etwa 10 % höher als Mitte 1975 und immerhin etwa 5 % höher als vor der Rezession. Daß dies möglich sein würde, ist damals weithin bezweifelt worden. Was nicht erreicht wurde, ist eine durchgreifende Besserung der Arbeitsmarktlage und – dies ist noch wichtiger, weil es eben auch die Perspektiven für den Arbeitsmarkt verdüstert – die ausreichende Mobilisierung jener selbstverstärkenden Kräfte, die allein einer Aufwärtsentwicklung nachhaltige Dynamik verleihen können. Wohl gemerkt, wir haben es gegenwärtig nicht etwa mit einem Rückgang oder auch nur einer Stagnation der Wirtschaftsentwicklung zu tun – aber mit einem Schneckentempo, das angesichts der bekannten Zusammenhänge zwischen Produktion, Produktivität und Beschäftigung für den Arbeitsmarkt nichts Gutes verheißt.

Muß der erste Anlauf also jedenfalls insoweit als gescheitert gelten, als er nur Nahziele – die Überwindung der Rezession –, nicht aber darüber hinausgehend eine ausreichende Selbstverstärkung der Auftriebskräfte erreicht hat, so bedeutet das natürlich für den neuen Versuch eine Vorbelastung. Ob die Maßnahmen als „Initialzündung“ das letztlich angestrebte „Anspringen des Motors Wirtschaft“ bewirken, hängt nämlich von den Erwartungen der Wirtschaftssubjekte ab. Diese aber dürften angesichts der Erfahrungen mit dem ersten Versuch nicht ohne Skepsis sein. Als erste Folgerung aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß man bei dem neuen Anlauf mindestens teilweise andersartige Maßnahmen braucht als damals.

Das Urteil darüber, was in das neue Maßnahmenpaket hineingehört und was nicht, hängt natürlich von der Diagnose der Ursachen des – partiellen – Scheiterns des ersten Anlaufs ab. Die öffentliche Diskussion der letzten Zeit hat deutlich gezeigt, daß die Diagnosen weit auseinandergehen. Da wird teilweise der Grund nahezu ausschließlich im Fehlen genügender Nachfrageexpansion gesehen. Die Folgerung lautet dann, entweder mehr Staatsnachfrage und/oder mehr Konsumnachfrage sei

das allerwichtigste. Vertreter einer extremen Gegenposition sehen dagegen als Hauptursache aller Fehlschläge die zu hohen Lohnkosten an; nur auf deren Senkung durch möglichst niedrige Lohnerhöhungen komme es an. Zwischen diesen Extremen gibt es eine ganze Anzahl von Diagnosen, die sowohl dem Nachfrage- als auch dem Kostenargument Bedeutung beimessen, und zwar mit ganz unterschiedlichen Gewichtungen. Eine unübersehbare Rolle aber spielt bei den meisten Einschätzungen jenes schwer definierbare Phänomen „Klima“, das die Summe der Rahmenbedingungen einschließt, unter denen sich wirtschaftliche Betätigung heute und in Zukunft vollzieht. Dort wird dann besonders auf die Bedeutung steuerlicher Entlastungen als Faktor des Leistungsanreizes im allgemeinen und der Risikominderung für Investoren im besonderen hingewiesen.

Zwischen den Faktoren „Nachfrage“, „Kosten“ und „Klima“ bestehen allerdings so viele Zusammenhänge, daß eine Gewichtung im einzelnen schon deshalb sehr schwierig ist. So ist etwa die Einschätzung „klimatischer“ Bedingungen durch die Unternehmer gewiß nicht unabhängig von den Nachfrageperspektiven. Je skeptischer sie diese beurteilen, desto mehr Gewicht werden sie negativen klimatischen Bedingungen beimessen. Andererseits werden sie durch verbesserte Nachfrageperspektiven allein sicherlich noch nicht zu großen Investitionen angeregt, wenn sie die Rahmenbedingungen ihres Handelns, das „Klima“, als sehr abträglich einschätzen. Dies alles spricht für einen Ansatz der Maßnahmen, der mehrere Gesichtspunkte berücksichtigt: Nachfragestimulierung und Kostenentlastung, kurzfristig wirksam werdende Effekte und mittelfristige Verbesserungen des „Klimas“. Erforderlich ist also ein Bündel von Maßnahmen, das mehr Nachfrage der öffentlichen Hand, der Konsumenten und der Investoren bewirkt, das aber auch mittelfristigen Aspekten der „Klima“-Verbesserung Rechnung trägt. Daß steuerliche Entlastungen sowohl unter dem Nachfrage- wie auch unter dem „Klima“-Aspekt unbefristet sein müssen, ist eine der Lehren aus früheren Anwendungsfällen. Daß sie für alle und nicht nur für einzelne Gruppen gelten müssen, wenn sie eine allgemeine Klimabesserung bewirken sollen, ist selbstverständlich. Und daß die Entlastungen schließlich fühlbar sein müssen, wenn sie die Dispositionen anregen sollen, sollte eigentlich auch keiner Erörterung bedürfen.

Angesichts dieser m. E. notwendigen Merkmale des Maßnahmenpakets drängt sich allerdings die Frage auf, wie sie mit den finanziellen Möglichkeiten des Staates in Einklang gebracht werden können. Gewiß hat in dieser Phase der Gesichtspunkt der Expansionsförderung eindeutig Vorrang vor dem der Haushaltskonsolidierung. Doch der Spielraum ist angesichts des immer noch vergleichsweise großen Finanzierungsdefizites und der finanziellen Risiken im Bereich der Sozialversicherung nicht allzu groß. Die bei Abschluß dieses Beitrages erst in Umrissen bekannten Absichten der Bundesregierung deuten denn auch schon darauf hin, daß längst nicht alle Blümenträume reifen werden. Die vom Bundeskanzler schon genannte Größenordnung von 10 Mrd. DM als Summe von Entlastungen und Mehrausgaben, die wohl nicht beträchtlich überschritten werden wird, spricht für sich. Hinzu kommen allerdings erste Auswirkungen des mehrjährigen Investitionsprogramms. Alles in allem handelt es sich aber um Größenordnungen, die hinter denen der Maßnahmen von 1974/75 zurückbleiben.

Unter diesen Umständen können von dem zweiten Anlauf der Wirtschaftspolitik gewiß keine „Wunder“ erwartet werden. Allerdings geht es jetzt, wie gesagt, nicht um die Überwindung eines Rückschlags, sondern „nur“ um die Steigerung des Expansionstempos. Die Hoffnungen richten sich erneut auf die Sekundärwirkungen. Um so wichtiger wäre eine Ausgestaltung der steuerlichen Entlastungsmaßnahmen, die nicht mehr oder weniger ausschließlich den Gesichtspunkt der kurzfristigen Konsumstimulierung, sondern auch den der mittelfristigen Klimaverbesserung durch erhöhten Leistungsanreiz im Visier hat. Im übrigen würde man eine Rechnung ohne den Wirt aufmachen, wenn man die Rolle der Lohnpolitik für die weitere Entwicklung unberücksichtigt ließe. Es wird darum gehen, ein „Optimum“ zu finden, das sowohl dem Nachfrage- als auch dem Kostenaspekt gerecht wird. Und schließlich gibt es noch eine bedeutende Unbekannte in der Gleichung, die Weltkonjunktur; sie zeigt in letzter Zeit deutliche Ermüdungserscheinungen. Hochgespannte Erwartungen für die weitere Entwicklung unserer Konjunktur sind daher auch nach den neuen Maßnahmen nicht angebracht.